



POSITIONEN

DAS MAGAZIN DER INDUSTRIE
JÄNNER/FEBRUAR 2024



DAS JAHR DER KURSKORREKTUR



BILDUNG

Österreich präsentiert
erste 14 MINT-Regionen

Seite 5



ÖBERÖSTERREICH

10 Punkte: Reparaturpaket
für den Standort

Seiten 10/11

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

KI-Experte Nikolaus Forgó
im Interview

Seite 2

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

„Müssen Investitionen in Forschung und Entwicklung forcieren“

Die schwedische EU-Ministerin Jessika Roswall erklärt im Interview, was die EU braucht, um auf dem Weltmarkt wieder wettbewerbsfähiger zu werden. Außerdem verrät sie, was das schwedische Bildungssystem so erfolgreich macht.



ZUR PERSON

Jessika Roswall ist seit 2022 Ministerin für EU-Angelegenheiten in Schweden. Im November war sie im Haus der Industrie in Wien für einen Austausch mit österreichischen Industriebetrieben und der IV zu Gast.

jedenfalls Voraussetzungen. Sie waren und sind nach wie vor ein wichtiger Motor für das Wirtschaftswachstum, sowohl in Europa als auch weltweit, daher brauchen wir mehr Handelsabkommen, nicht weniger. Und wenn die Union keine Partnerschaften mit Ländern und Volkswirtschaften in der ganzen Welt eingeht – wie mit dem Mercosur –, können wir sicher sein, dass andere Länder diese Lücke füllen werden.

Europa hat in den letzten Jahren durch verschiedene Krisen und insbesondere durch hohe Energiepreise an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Welche Maßnahmen muss Europa Ihrer Meinung nach ergreifen, um seine Wettbewerbsfähigkeit – besonders gegenüber anderen Akteuren wie den USA und China – zu stärken, und wie beurteilen Sie die aktuellen Initiativen der Europäischen Kommission in dieser Hinsicht?

Zunächst einmal ist es wichtig zu erkennen, dass Europa schon seit längerem zurückgefallen ist, lange vor der Pandemie und dem jüngsten Anstieg der Energiepreise. Tatsächlich sind die Wachstumszahlen der EU schon seit Jahrzehnten schleppend. Es handelt sich um

ein langfristiges Problem, das langfristige Lösungen erfordert. Erstens brauchen wir eine bessere und mitunter auch weniger Regulierung; besser im Sinne von stabil und vorhersehbar, weniger im Sinne der Sicherstellung, dass die Einführung neuer Innovationen auf dem Markt einfach ist. Zweitens müssen wir den Binnenmarkt vertiefen und ausweiten, vor allem im Bereich der Dienstleistungen. Der mit Spannung erwartete Letta-Bericht (Bericht über die Zukunft des Binnenmarkts, Anm.) wird einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Drittens müssen wir Investitionen in Forschung und Entwicklung forcieren; die Union investiert weit weniger als die USA, und China investiert kräftig. Als ersten Schritt sollten wir unser eigenes Investitionsziel von drei Prozent des BIP erreichen. Politisch muss unser Fokus in den kommenden Jahren darauf liegen, die langfristige Wettbewerbsstrategie der EU, für die sich der schwedische Ratsvorsitz eingesetzt hat und die vom Europäischen Rat im März gefordert wurde, vollständig umzusetzen. Hier müssen Politik und Industrie zusammenarbeiten.

Europa ist weltweit eine der Regionen mit geringem Bevölkerungswachstum und einer alternden Gesellschaft. Der Mangel an Fachkräften ist zunehmend zu einem Problem geworden. Wie kann die EU ein noch attraktiveres Ziel für qualifizierte Arbeitskräfte und Fachkräfte werden?

Investitionen in Bildung und Hochschulbildung sind absolut entscheidend. Natürlich werden wir Probleme mit dem

Fachkräftemangel haben, wenn unsere Bildungssysteme nicht zweckmäßig sind. Ein weiterer offensichtlicher Faktor ist die Beteiligungsrate von Frauen am Arbeitsmarkt; gleichberechtigte Chancen und Beteiligung sind nicht nur für Frauen, sondern auch für junge Menschen im Allgemeinen von entscheidender Bedeutung. Und letztendlich werden qualifizierte Arbeits- und Fachkräfte von führenden innovativen Unternehmen und Branchen angezogen – womit wir wieder bei der Frage der globalen Wettbewerbsfähigkeit wären. Wenn der europäische Markt nicht attraktiv genug für Investitionen und die Einführung innovativer Technologien ist, wird er auch nicht attraktiv genug für Experten und Fachleute sein.

Apropos Kompetenzen: Schweden ist in verschiedenen Ranglisten führend im Bildungsbereich. Was macht das Bildungssystem so erfolgreich?

Es ist sicher eine Kombination aus vielen Dingen, aber der Schlüssel liegt in der Umsetzung grundlegender Prinzipien wie Gleichheit und Zugänglichkeit. Faktoren wie Gratis-Mittagessen und -Schultransport sind wichtig, vor allem in den ersten Jahren. Wenn es um die Hochschulbildung geht, ist Schweden definitiv eine führende Forschungsation. Schweden ist, wie Österreich, eines der wenigen Länder in der EU, die über drei Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung investieren. Der Löwenanteil dieser Investitionen entfällt auf privates Kapital, weshalb Partnerschaften zwischen Universitäten und dem privaten Sektor so wichtig sind.

In den vergangenen Monaten und Jahren haben geopolitische Herausforderungen und Verschiebungen weltweit das Geschehen geprägt. Die Frage nach der Rolle der EU im globalen Kontext und ihrer zukünftigen Positionierung wird zunehmend relevant. Wie wichtig sind in diesem Zusammenhang eine aktive Handelspolitik und neue Abkommen, etwa mit den Mercosur-Ländern?

Jessika Roswall: Ich bin überzeugt davon, dass es in diesem Bereich noch ungenutztes Potenzial gibt. Ich sehe unsere Rolle darin, ein Vorreiter in den Bereichen industrielle Innovation, grüne Technologien und Digitalisierung zu sein. Wir können und sollten die erste Adresse für Unternehmen sein, die in Zukunftstechnologien investieren wollen. Es gibt kein Patentrezept, aber offene Märkte und globaler Freihandel sind

Künstliche Intelligenz: „Chancen erkennen und in Geschäftsmodelle übersetzen“

Universitätsprofessor und KI-Experte Nikolaus Forgó spricht im Interview über die schwierige europäische Einigung zum AI Act und darüber, welche konkreten Schritte nun in Österreich notwendig sind.

Nach intensiven Verhandlungen konnte auf europäischer Ebene eine vorläufige Einigung zum AI Act erzielt werden.

Wie bewerten Sie den Kompromiss zwischen notwendiger Regulierung von KI und innovativer Freiheit?

Nikolaus Forgó: Für eine Bewertung ist es noch zu früh. Es wurde eine politische Einigung erzielt, der konkrete Text wird aber noch verhandelt und ist öffentlich nicht bekannt. Es gab erheblichen politischen Druck, diese Einigung noch im Dezember zustande zu bringen. Dahinter stehen externe Faktoren, insbesondere die Europawahl und das Ende der spanischen Ratspräsidentschaft, die mit dem konkreten Vorhaben nur sehr mittelbar etwas zu tun haben. Ein solcher Druck – der sich auch in einem 30-stündigen Verhandlungsmarathon äußerte – führt erfahrungsgemäß zu Kompromissen in Form eines „agree to disagree“; die heiklen Entscheidungen

werden an die Kommission oder einen technischen Entscheidungsvorgang oder die Mitgliedstaaten delegiert.

Ist es überhaupt möglich, eine zielgenaue Regulierung einer sich so rasch entwickelnden Materie zu schaffen?

Das ist eine große Herausforderung. Wir haben schon im Gesetzgebungsprozess zum AI Act gesehen, dass der Entwurf der Kommission auf das plötzliche Auftreten von Large Language Models wie ChatGPT nicht gut vorbereitet war. Da solche explosionsartigen Entwicklungen schlecht vorhersehbar sind, ist es schwierig, diese regulatorisch zu erfassen.

Wo sehen Sie das größte Potenzial des AI Acts für Europa?

Es ist immerhin eine gemeinsame europäische Regelung. Sie schafft Bewusstsein für das Thema und kann – vielleicht – einige

Risiken und unerwünschte Effekte der Technologie mildern.

Welche konkreten Schritte braucht es von staatlicher Seite, um die Anwendung in Österreich zu gewährleisten?

Es werden Umsetzungsschritte insbesondere in der Behördenstruktur erforderlich sein. Es ist zu hoffen, dass nicht noch eine weitere Behörde geschaffen wird, sondern dass Synergien geschaffen, Kompetenzen vernetzt und innovationsfreundliche Zugänge gefunden werden.

Was raten Sie Unternehmen, um den Vorgaben entsprechen zu können?

Sich vorbereiten auf das, was kommt. Einfluss nehmen darauf, dass die Verwaltung hilft und nicht behindert. Die großen Chancen und nicht nur die Risiken der Technologie erkennen und diese in Geschäftsmodelle übersetzen.



ZUR PERSON

Nikolaus Forgó ist Professor für Technologie- und Immaterialgüterrecht an der Universität Wien und Mitglied des neu gegründeten AI-Advisory Boards der Bundesregierung.

Standort stärken vor Wahlkampf!

Egal wann nun die Nationalratswahl erfolgt: Bevor der Wahlkampf startet, gibt es noch viele dringende Maßnahmen und Reformen – von der Bürokratieentlastung bis zur Lohnnebenkostensenkung – anzustoßen und zu erledigen, damit Österreich auf den Weltmärkten wieder Oberwasser hat.



Das Jahr 2024 wird intensiv für Österreich. Der geopolitische Seegang könnte rauer werden, denn mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung schreitet zu den Wahlen; unter anderem steht die US-Präsidentschaftswahl auf dem Kalender. Als Land, das seinen wirtschaftlichen Erfolg maßgeblich auf internationalen Märkten erzielt, werden wir all das aufmerksam im Blick behalten müssen.

Aber auch in Österreich selbst werden wir uns politisch heuer kaum in ruhigen Gewässern bewegen. Umso wichtiger ist es, sich den Verlockungen des Wahlkampfs nicht mit schwer finanzierbaren neuen (Wahl-)Versprechen hinzugeben, oder – schlimmer noch – im koalitionsfreien Raum Maßnahmen zu beschließen, die wir uns schlicht und einfach nicht leisten können. Es gibt viel zu tun und standortrelevante Punkte aus dem Regierungsprogramm harren noch ihrer Umsetzung.

2024 ist das Jahr, in dem wir eine deutliche Rezession zu meistern haben. Das

wird uns ohne Zweifel gelingen – wenn österreichische Unternehmen bessere Rahmenbedingungen erhalten, um auf den Weltmärkten erfolgreich navigieren zu können. Bei schönem Wetter mag so manche Widrigkeit leicht wegzustecken sein; der wahrhaft gute Kapitän zeigt sich bekanntermaßen bei Sturm.

Bürokratielawine stoppen, Lohnnebenkosten senken

Was brauchen wir also, um Industrie und Wirtschaft auf Kurs zu halten? Wir müssen uns endlich motivieren, die tiefgreifenden Reformen anzugehen, die wir dringend brauchen. Die lawinenmäßige Vermehrung von Vorschriften und Berichtspflichten gehört gestoppt – es kann nicht sein, dass Unternehmerinnen und Unternehmer vor lauter Bürokratie kaum mehr Luft haben, sich ihrem Kerngeschäft zu widmen.

Weniger Bürokratie und endlich flotte Genehmigungsverfahren helfen auch, die Energiewende schneller voranzutreiben. Hier liegt eine massive

Chance, Investitionen in Österreich anzukurbeln und den Aufschwung damit zu unterstützen.

Die viel zu hohen Lohnnebenkosten gilt es weiter zu senken – signifikant, auch um eine Dämpfung bei den durch die hohen Abschlüsse massiv steigenden Lohn(stück)kosten zu erreichen.

Und nicht zuletzt: Wir müssen uns fiskalischen Problemen strukturell widmen, damit sie nicht mit immer mehr Steuergeld finanziert werden müssen. Nur in wenigen anderen Ländern sorgen Gesundheitssystem und Pensionssystem für derart hohe ungedeckte Budgetlasten wie in Österreich. Bis 2050 wird unser Pensionssystem das Budget kumuliert mit einer Billion Euro belasten, wenn wir keine weiteren Reformen durchführen – eine Billion Euro, die wir in Bildung, Infrastruktur und unsere Innovationskraft investieren könnten.

Vorsorge und Kapitalmarkt

Bevor der Wahlkampf Österreich fest im

Griff hat, wäre es von höchster Dringlichkeit, in diesen Bereichen Reformen auf den Weg zu bringen. Eine gute Idee ist beispielsweise die rasche Umsetzung einer Behaltefrist für Wertpapiere, die im Regierungsprogramm steht. Das zählt auf gleich zwei Ziele ein: Es stärkt die private Pensionsvorsorge und den Kapitalmarkt.

Mit den richtigen Rahmenbedingungen wird die österreichische Industrie die großen Herausforderungen dieses Jahres meistern und die Chancen mit voller Kraft zu nutzen wissen. Lassen Sie uns alle Potenziale aktivieren und – trotz aller Widrigkeiten – mit Zuversicht und Optimismus auf die Zukunft setzen!

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Grafik des Monats

Mit knapp 400.000 Arbeitslosen oder Schulungsteilnehmern endete das Jahr 2023 in Österreich. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr betrifft besonders die jüngere Bevölkerung. Die Gesamtarbeitslosenquote lag bei 7,8 Prozent, während mit rund 3.915.000 erwerbstätigen Personen ein Beschäftigungsrekord verzeichnet wurde. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit resultiert aus der gedämpften Konjunktur, die die Volkswirtschaft 2023 um 0,8 Prozent schrumpfen ließ und die Zahl der offenen Stellen um 16 Prozent reduzierte. Besonders unter den unter 25-Jährigen stieg die Arbeitslosigkeit stark an, was auch auf einen höheren Anteil von Zuwanderern in dieser Altersgruppe zurückzuführen ist. Zuwanderer bringen ungenutztes Arbeitspotenzial mit, das durch Anerkennung ihrer Fähigkeiten genutzt werden könnte. Die Zunahme des Arbeitskräftepotenzials durch Zuwanderung unterstreicht die Bedeutung dieser Anerkennung.

Arbeitslosenquote seit 2012

Jeweils Dezember, in Prozent – 399.005 Arbeitslose 2023 (inkl. Schulungen)



Zahl des Monats

6,9 %

Die Treibhausgasemissionen in Österreich dürften im Jahr 2023 erneut erheblich gesunken sein – und zwar um 6,9 Prozent. Dies geht aus einem „Nowcasting“ hervor, das Ende Dezember vom Wegener Center für Klima und Globalen Wandel der Universität Graz (WEGC) veröffentlicht wurde. Es basiert auf den bei Erstellung verfügbaren monatlichen Verbrauchsdaten für Erdgas, Erdölprodukte und Elektrizität bis Oktober. Die Reduktion wird demnach auf 6,9 Prozent geschätzt, was rund 67,6 Tonnen CO₂-Äquivalenten entspricht. „Bereits 2022 war ein deutlicher Rückgang der Emissionen zu verzeichnen, der heuer noch übertroffen werden dürfte“, so WEGC-Klimaforscher Gottfried Kirchengast.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Aniko Benkö, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland/Emmerich Mädler, IV-Kärnten, IV-NÖ/NLK Filzweiser, IV-OÖ/Pelzl, IV-Salzburg/Salzbürger Industrie/Neumayer, IV-Steiermark/Steady Motion, IV-Tirol/Florian Lechner, IV-Vorarlberg/Aurelian Böhrler, IV-Wien/IV/Matanovic

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Arbeit und Leistung entlasten, nicht „Eat the Rich“!

IV-Steuerrechtsexperte Alfred Heiter erklärt im Interview, warum der „Fat Cat Day“ eine Themenverfehlung ist und in „Fat Tax Day“ umbenannt werden sollte.

Armut, Reichtum und Umverteilung sind in Österreich Themen, die schnell in Neiddebatten münden. So hat am 8. Jänner die Arbeiterkammer passend dazu wieder den „Fat Cat Day“ ausgerufen. Warum ist dieser Ansatz eine Themenverfehlung?

Der „Fat Cat Day“ soll jener Tag im Jahr sein, an dem die CEOs der 20 ATX-Unternehmen bereits so viel verdient haben wie ein durchschnittlicher Arbeitnehmer. Abgesehen davon, dass die Bezeichnung eines CEOs als „Fat Cat“ bereits despektierlich ist, zeugt der Vergleich von einer gewissen Willkürlichkeit. Warum werden gerade die CEOs der 20 ATX-Unternehmen herangezogen, warum nicht alle 43 Unternehmen des Prime Market der Wiener Börse? In Deutschland beispielsweise werden die 80 Unternehmen des DAX und MDAX herangezogen, in Großbritannien die 100 Unternehmen des FTSE.

Der Arbeiterkammer geht es angeblich auch nicht darum, eine Neiddebatte anzuzetteln, sondern darauf hinzuweisen, dass Menschen in anderen Berufen ebenfalls wichtige und verantwortungsvolle Tätigkeiten ausführen, aber dafür deutlich weniger bekommen. Das Einkommen dieser Menschen kann man aber nur erhöhen, wenn beispielsweise die Belastung durch Steuern und Abgaben reduziert wird, nicht jedoch, indem man anderen etwas wegnimmt. Die Botschaft muss daher lauten: „Arbeit und Leistung entlasten“,

nicht „Eat the Rich“. Die IV hat den Tag zudem in „Fat Tax Day“ umbenannt, weil Menschen, die viel Geld verdienen, auch viel Steuern zahlen, sogar überproportional viel Steuern.

Inwiefern spiegeln die Managergehälter Verantwortlichkeiten wider, die mit Führungspositionen auf höchster Ebene verbunden sind?

Managergehälter werden nach marktwirtschaftlichen Kriterien gebildet, das heißt, Angebot und Nachfrage bestimmen die Höhe. Außerdem tragen Vorstände großer börsennotierter Unternehmen eine große Verantwortung: Sie müssen Entscheidungen über eine große Zahl von Mitarbeitern sowie über Assets im Wert mehrerer Milliarden Euro treffen. Sie haften mit ihrem Privatvermögen für Fehlentscheidungen, die sie fahrlässig getroffen haben. Sie müssen mit ihren Entscheidungen einer Vielzahl an Interessensgruppen gerecht werden: den Eigentümern, den Mitarbeitern sowie dem öffentlichen Interesse.

Wie steht es im internationalen Vergleich mit den Gehältern von Managerinnen und Managern? Gibt es da Unterschiede, global oder vielleicht auch schon innerhalb der EU?

Die Top 20 der österreichischen Vorstandsvorsitzenden verdienen im Schnitt 2,7 Millionen Euro jährlich. Damit liegen

sie international betrachtet eher im unteren Bereich. In Deutschland verdienen die Vorstandsvorsitzenden der 40 DAX-Unternehmen durchschnittlich 5,1 Mio. Euro, für Europa – genauer: die 50 Unternehmen des EuroStoxx – beträgt dieser Wert 7,1 Mio. Euro. In den USA liegt das Durchschnittseinkommen der Vorstandsvorsitzenden der 30 Unternehmen des Dow Jones Index bei 24,9 Mio. Euro. Weil Topmanager sehr mobile Arbeitskräfte sind und der Markt für CEOs ein

internationaler ist, stehen wir hier in Konkurrenz und die Gehälter müssen dem internationalen Vergleich standhalten.

WEBTIPP

Hier geht's zum ORF-Beitrag:



IV-Bereichsleiter Alfred Heiter war zum Thema „Fat Tax Day“ zu Gast bei „Eco“ (ORF).



Expertenmeinung von INGRID SCHÖBERL

Verbandsklagen: Österreich bei Umsetzung säumig

Aus Sicht der Industrie ist es besonders wichtig, sich bei der Umsetzung der EU-Richtlinie eng an die konkreten Vorgaben zu halten und nicht über das Ziel hinauszuschießen.

Österreich ist bei der Umsetzung der Richtlinie zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher in nationales Recht säumig. Bei einem (jahrelang) kontrovers diskutierten Thema ist dies auch wenig überraschend. Da das Mahnverfahren der EU-Kommission bereits fortgeschritten ist, erhöht sich der Druck auf das BMJ, einen entsprechenden Entwurf vorzulegen, um den parlamentarischen Prozess noch in dieser Legislaturperiode abschließen zu können.

Grundsätzlich zielt die Richtlinie darauf ab, dass Verbrauchern in

allen Mitgliedstaaten mindestens ein Verbandsklageverfahren auf Unterlassungs- sowie Abhilfeentscheidungen zur Verfügung steht. Damit wird klar, dass der Unionsgesetzgeber Mitgliedsstaaten vor Augen hatte, die über keine derartigen Systeme verfügen, was in Österreich nicht der Fall ist.

Inhalt der Richtlinie ist, salopp dargestellt, die gemeinsame Rechtsverfolgung von betroffenen Verbrauchern durch klagsbefugte Verbände. In einem einzigen Verfahren soll eine abschließende Entscheidung für alle an der Klage beteiligten Verbraucher ermöglicht werden,

womit Konsumenten die „Last der Klagsführung“ und damit insbesondere auch das Prozesskostenrisiko abgenommen wird.

Aus Sicht der Industrie ist es besonders wichtig, sich bei der Umsetzung eng an die konkreten Vorgaben der Richtlinie zu halten. Relevant sind jedenfalls die rasche Klärung mittels eines kurzen Opt-in-Verfahrens, wer einer Klage beigetreten ist, Waffengleichheit im Verfahren sowie ein rascher Abschluss. Überschießende Umsetzungsideen, die einseitig zulasten der Beklagten gehen, werden abgelehnt.



Ingrid Schöberl ist stellvertretende Leiterin des IV-Fachbereichs Wirtschaft, Finanzen & Recht.

Österreich präsentiert seine ersten 14 MINT-Regionen

Im Haus der Industrie wurde erstmals das MINT-Regionen-Qualitätslabel verliehen. Die Auszeichnung steht für MINT-Bildung als gemeinsame Mission von regionalen Netzwerken.

Robotik, Sustainable MINT, Altersarmut von Frauen, Abwanderung der Jugend – die Leitthemen, die sich die ersten 14 MINT-Regionen Österreichs gegeben haben, sind ebenso bunt und dynamisch wie ihre Mitglieder selbst. Davon konnten sich die Besucherinnen und Besucher der ersten Verleihung des MINT-Regionen-Qualitätslabels im Haus der Industrie ein eindrucksvolles Bild machen. Die neue, bundesweit gültige Auszeichnung ist Kernelement eines Leuchtturmprojekts zur Sicherung des Innovationsnachwuchses, das von der IV angestoßen und nun gemeinsam mit dem BMBWF, der „MINTality“-Stiftung, dem OeAD und der aws umgesetzt wird.

Die Grundidee ist, dass Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Technologieunternehmen, die öffentliche Verwaltung, Städte, Gemeinden und private Vereine künftig im MINT-Bereich in regionalen Netzwerken zusammenarbeiten. Die Forcierung der MINT-Bildung

wird damit nach innen zur gemeinsamen Mission und nach außen zum übergreifenden und überregional sichtbaren Standortortthema gemacht. Gleichzeitig werden das Voneinander-Lernen und der überregionale Wissenstransfer von besonders erfolgreichen Ansätzen angeregt.

Vom Kindergarten bis zum Beruf

Die Akteure in MINT-Regionen agieren gemeinsam. Dadurch wird Kindern und Jugendlichen – und insbesondere Mädchen – die „Fragestellungen des Lebens“ aus unterschiedlichen Perspektiven zu ergründen, im Kindergarten ebenso wie im Hochtechnologieunternehmen; und dies durchgängig entlang der gesamten Bildungskette, vom Kindergarten bis zum Beruf. In den Regionen sollen dadurch künftig jene Faszination und jene Begeisterung entstehen und aufrechterhalten werden, die es braucht, damit kein MINT-Talent mehr verloren geht.

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Fachkräftemangels und der weitverbreiteten Technologieskepsis hat die Initiative einen Nerv der Zeit getroffen – denn in Ergänzung zu den MINT-Vorstößen, die in den letzten Jahren erfolgreich in den Bundesländern gestartet wurden, ist die Resonanz auf das Leuchtturmprojekt „Vorsprung durch MINT-Regionen“ überwältigend. In Summe engagieren sich nach dem ersten Call bereits über 380 Akteure in den ersten 14 MINT-Regionen, darunter 88 Unternehmen mit vielen prominenten Leitbetrieben, 15 Hochschulen, 161 Kindergärten und Schulen und 114 Städte und Gemeinden, Landesorganisationen, Vereine und Wirtschaftsagenturen.

Besonders erfreulich ist, dass auch 73 ausgezeichnete MINT-Kindergärten und MINT-Schulen aktiv involviert sind, wodurch das wirkungsvolle Ineinandergreifen von Initiativen unterstrichen wird, die von der IV gestartet wurden.

Durch die MINT-Regionen soll das nächste Level der MINT-Nachwuchsförderung erreicht werden. Ein Einstieg in eine der 14 MINT-Regionen ist jederzeit möglich. Der nächste Call zur Gründung neuer MINT-Regionen wird für das erste Halbjahr 2024 vorbereitet.



01



02

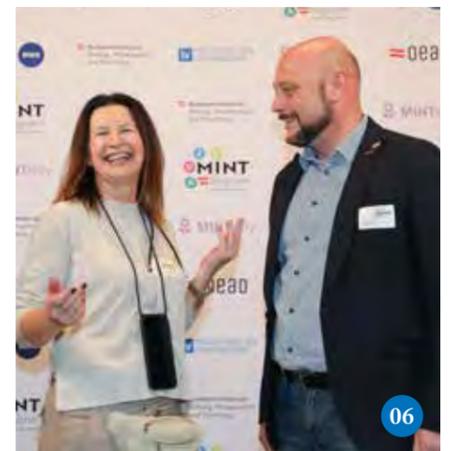


04



05

WEBTIPP
Weitere Infos finden Sie unter www.mint-regionen.at.



06



03

1. Tanja Rehberger (Koordination MINT-Region KUUSK/Tirol) und Christian Vlasich (Koordination MINT-Region Mittelburgenland) bei einer Vernetzungsübung.
2. Das Team der MINT-Region Innviertel+ wurde durch Nationalrätin Maria-Theresia Niss („MINTality“-Stiftung) und Sektionschefin Barbara Weitgruber (BMBWF) ausgezeichnet.
3. Das Team der MINT-Region Mörzviertel wurde durch die niederösterreichische

4. LAbg. Marlene Zeidler-Beck, IV-Generalsekretär Christoph Neumayer und Sektionschefin Barbara Weitgruber (BMBWF) ausgezeichnet.
4. Generalsekretär Christoph Neumayer (IV), Sektionschefin Barbara Weitgruber (BMBWF) und Nationalrätin Maria-Theresia Niss („MINTality“-Stiftung).
5. und 6.: Gute Stimmung bei den Gästen der ersten Verleihung des „MINT-Regionen“-Labels im Haus der Industrie.

Das Jahr der wirtschaftspolitischen Kurskorrektur

2024 wird ein Jahr der globalen und nationalen Weichenstellungen. In Österreich sind dringende Strukturreformen notwendig, um wieder auf einen Wachstumskurs zu gelangen.

Ein „traurigen Meilenstein“ erreichte die globale Wirtschaft 2024, hieß es zu Jahresbeginn in einer Prognose der Weltbank: Die Organisation sieht die Gefahr eines weltweiten Abschwungs gebannt, erwartet aber insgesamt die schwächste globale Wachstumsleistung in einem halben Jahrzehnt seit den 1990er-Jahren. Für Österreich ist das keine gute Nachricht. Hierzulande ist die Wirtschaft 2023 voraussichtlich noch stärker geschrumpft als in Deutschland, wo ein Einbruch von 0,6 Prozent erwartet wird. Ab dem zweiten Quartal des heurigen Jahrs könnte zwar eine leichte Erholung einsetzen, mit einem starken Wachstumsimpuls aus dem Export ist aber kaum zu rechnen; einerseits aufgrund der Schwäche der globalen Wirtschaft und des

wichtigen Handelspartners Deutschland, andererseits aber auch aufgrund der Defizite des Wirtschaftsstandorts Österreich. Inzwischen übersetzt sich die strukturelle Schwäche in eine konjunkturelle Apathie. Zur Erinnerung: In der IMD-Rangliste der 64 wettbewerbsfähigsten Länder der Welt ist Österreich zuletzt auf Platz 24 abgerutscht – im Jahr 2007 ging sich noch ein weitaus attraktiverer elfter Platz aus. „Die Probleme sind längst im Unternehmensalltag angekommen und werden bei einem wirtschaftlichen Aufschwung hinderlich sein; sei es durch den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften oder aufgrund einer lähmenden Bürokratie und erheblich gestiegener Kosten durch anhaltend hohe Energiepreise sowie Löhne und Gehälter“, sagt IV-Präsident Georg Knill.



WAS 2024 IN ÖSTERREICH UMGESETZT WIRD

- ✓ Senkung der Körperschaftssteuer
- ✓ Abschaffung der kalten Progression
- ✓ Senkung der Lohnnebenkosten

WELTWIRTSCHAFT

Woher also kann der Wachstumsimpuls kommen, den Österreich heuer so dringend bräuchte? Global betrachtet kommen dafür vor allem die USA infrage. Mit einem BIP von rund 25 Billionen Dollar stehen sie als größte Volkswirtschaft für ein Viertel der Leistung der Weltwirtschaft. 18 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung entfallen auf China, wo sich das Wachstum erheblich eingebremst hat; dann kommt lange keine weitere Volkswirtschaft. Japan und Deutschland liegen mit jeweils etwa vier Prozent fast gleichauf, erst dann folgt das wachstumsstarke Indien mit 3,8 Prozent. In den USA werden in Wahljahren zwar die fiskalischen Schleusen geöffnet, grundsätzlich ist eine Rezession 2024 aber noch nicht vom Tisch. Je nach Wahlausgang könnte zudem der Zollstreit zwischen den USA und der Europäischen Union wieder aufflammen: Während seiner Amtszeit hatte Donald Trump als Vorgänger des gegenwärtigen US-Präsidenten Joe Biden Zölle von 25 Prozent auf Stahlimporte und zehn Prozent auf Aluminiumimporte verhängt. Erst nach zähen Verhandlungen wurde eine Übergangslösung mit zollfreien Kontingenten vereinbart, die nun von Präsident Biden vorerst verlängert wurde.

ARBEITSKRÄFTEMANGEL

Von einer Reform des Pensionssystems würde auch der Arbeitsmarkt profitieren – das AMS hat das im vergangenen November für die schrittweise Anhebung des Frauenpensionsalters ab 2024 vorgerechnet: Schon heuer soll es dadurch gut 22.000 zusätzliche Personen in Beschäftigung geben, bis 2028 nimmt ihre Zahl insgesamt auf rund 100.000 zu. Der Fach- und Arbeitskräftemangel trifft mittlerweile so gut wie alle Unternehmen, quer durch alle Bereiche. „Helfen können weitere Strukturreformen wie stärkere Anreize, aus der Arbeitslosigkeit wieder in Beschäftigung zu finden beziehungsweise einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen – bisher ist das Steuersystem so ausgerichtet, dass sich (zusätzliche) Arbeit finanziell kaum lohnt“, mahnt IV-Präsident Knill einmal mehr entlastende Maßnahmen ein. Um der vergleichsweise hohen Teilzeitquote in Österreich zu begegnen, muss zudem ein Fokus auf der regional teilweise schwach ausgebauten Kinderbetreuung liegen, um Eltern eine Vollzeitbeschäftigung zu erleichtern.

STRUKTURREFORMEN

„Was Österreich bleibt, ist alles zu tun, um die inländische Investitionstätigkeit anzukurbeln. Dazu ist ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel notwendig. Wurde bisher durch hohe Subventionen lediglich Zeit für Anpassungen erkaufte, wird immer deutlicher, wie dringend die österreichische Wirtschaft Strukturreformen benötigt“, sagt IV-Chefökonom Christian Helmenstein. Auf die aktuelle und die kommende Regierung wartet eine Vielzahl unpopulärer, aber notwendiger Maßnahmen – zum Teil Hausaufgaben, welche die deutsche Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder während dessen zweiter Amtszeit vor dem Hintergrund einer sehr hohen Arbeitslosigkeit bereits Anfang der 2000er-Jahre auf den Weg gebracht hat: eine Arbeitsmarktreform und eine Pensionsreform. Die OECD stellt der Zukunftsfähigkeit des österreichischen Sozialsystems kein gutes Zeugnis aus. Bei den durch

das gegenwärtige Gesundheits- und Pensionssystem bis 2050 nicht abgedeckten Budgetlasten landet Österreich auf dem dritt schlechtesten Platz (hinter Italien und Südkorea). Der Mercer Global Pension Index untersucht und vergleicht Altersversorgungssysteme in 47 Ländern weltweit und weist Österreich auf Rang 40 aus – in der Subkategorie Nachhaltigkeit des Pensionssystems wird Österreich sogar auf den letzten Platz verwiesen.

Bis zum Jahr 2050 beträgt der öffentliche Zuschussbedarf für das österreichische Pensionssystem, falls weitere Reformen unterlassen werden, kumuliert über eine Billion Euro, genauer 1.050 Milliarden Euro. Österreich böten sich enorme Chancen, wenn diese Budgetmittel in die Transformation des Bildungs-, Energie- und Verkehrssystems sowie in die Digitalisierung investiert werden könnten.

ENERGIEWENDE

Wenn aus der weltwirtschaftlichen Entwicklung derzeit kein starker Wachstumsimpuls zu erwarten ist, wo liegt dann für Österreich Potenzial für Investitionen, die wiederum zu mehr Beschäftigung führen, dadurch Konsummöglichkeiten schaffen und für Wohlstand sorgen? Das derzeit größte Potenzial liegt in der Energiewende, die nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll gestaltet werden kann. Bis 2030 liegt das zu stemmende Investitionsvolumen bei 60 Milliarden Euro, wenn Österreich die selbst gesteckten Ausbauziele

erreichen will. Laut Economica-Berechnungen wendet Österreich derzeit etwa 3,2 Prozent des BIP für den Import fossiler Energieträger auf. Das sind rund 15 Milliarden Euro jährlich, die bei einer gelungenen Energiewende zumindest zum Teil für Investitionen im Inland zur Verfügung stehen würden. „Allein diese Überlegung sollte Anreiz genug zu sein, durch eine umfassende Entbürokratisierung und die Gewährleistung von Planungssicherheit eine erhebliche Beschleunigung der Verfahren zu bewirken“, sagt IV-Ökonom Helmenstein.

EUROPA

Optimale Rahmenbedingungen braucht es auch auf EU-Ebene, wenn Europa als Wirtschaftsstandort in Zukunft nach wie vor eine tragende Rolle spielen will. „Bei der EU-Wahl im Juni ist es für die Wirtschaft in Österreich und Europa wesentlich, dass Menschen zum Zug kommen, die für ein weltweites und vereintes Europa stehen“, so Knill. „Europa ringt derzeit darum, den ökonomischen Anschluss in der Weltwirtschaft nicht zu verlieren. 2024 muss das Jahr der wirtschaftspolitischen Kurskorrektur werden – wir müssen die europäische Wettbewerbsfähigkeit auf neue Beine stellen, ein Bürokratiebelastungsmoratorium durchsetzen, europaweit die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Energie- und Infrastrukturprojekte sicherstellen und die Rolle Europas durch eine selbstbewusste und aktive Außenwirtschaftspolitik angesichts globaler Krisen stärken.“

Die Ambitionen der EU im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich haben sich in den vergangenen Jahren in einer umfangreichen Gesetzgebungsagenda niedergeschlagen: Zwischen 2019 und 2023 hat der europäische Gesetzgeber Unternehmen insgesamt 850 neue Verpflichtungen auferlegt, was mehr als 5.000 Seiten an Rechtsvorschriften entspricht. Knill: „Überbordende Berichtspflichten bedeuten enormen Verwaltungsaufwand und Compliance-Kosten für Unternehmen und stehen damit einer höheren Investitionstätigkeit im Weg. Der Abbau von Bürokratie ist ein kostenfreies Konjunkturprogramm. Er war selten so dringend und geboten wie jetzt.“

Die EU und Österreich sind 2024 weiterhin mit einer Vielzahl an Konflikten und Krisen konfrontiert. Es gibt aber auch Grund zu Optimismus: „In den letzten fünf Jahren hatten wir in Österreich in der Industrie eine wirklich gute Performance. Das war die Leistung unserer Arbeitskräfte, unserer Innovationskraft und unseres Gespürs für internationale Märkte“, sagt der IV-Präsident. Jetzt gehe es darum, den Unternehmen und ihren Beschäftigten wirtschaftspolitisch den Weg zu ebnet, um die Chancen, die Energiewende und internationaler Handel bieten, optimal nutzen zu können.

ARBEITSKOSTEN IN DER EU

Arbeitnehmerentgelt plus Steuern minus Zuschüsse



Aktuelles in Kürze

KI-Energiewende der österreichischen Industrie

KI im Fokus: Symposium zur Rolle von künstlicher Intelligenz in der österreichischen Industrie für die Energiewende.

Am 15. Jänner fand im Haus der Industrie ein Symposium statt, das sich mit der entscheidenden Rolle von künstlicher Intelligenz bei der Bewältigung der Herausforderungen der Energiewende in der österreichischen Industrie befasste. Organisiert von der Industriellenvereinigung und dem Institut für Energietechnik und Thermodynamik der TU Wien wurden auf dem Event das Potenzial von KI, aktuelle Anwendungen sowie zukünftige Entwicklungen diskutiert.

„Neueste Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz faszinieren nicht nur im Alltag, sie spielen auch in der

Transformation der Industrie bereits eine entscheidende Rolle. Ob zur Steigerung von Energieeffizienz, zur Emissionseinsparung oder für Predictive Maintenance: KI-Technologien finden strategische Anwendung und bilden als solche essenzielle Bausteine für das Gelingen der Energiewende und Dekarbonisierung der Industrie“, fasst Dieter Drexel, stv. Bereichsleiter des IV-Bereichs Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen & Energie, zusammen.

Am Podium diskutierten Vertreter aus Industrie, Wissenschaft und Organisationen über künstliche Intelligenz.



Neuer Forschungsrat durch Bundesregierung bestellt

Der Forschungsrat berät die Bundesregierung und entwickelt wesentliche FTI-politische Strategien, um Österreich an die Spitze der Innovationsleader zu bringen.

Im November 2023 wurden die Mitglieder des Rates für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung (FORWIT-Rat) festgelegt. Den Vorsitz hat Prof. Thomas Henzinger, weitere Mitglieder des neuen Forschungsrats sind Johanna Pirker (TU Graz), Barbara Stelzl-Marx (Uni Graz), Helga Nowotny (ehem. ERC), Dietrich Haubenberger (ASciNA), Werner Lanthaler (Evotec), Monika Ritsch-Martel (Med. Uni Innsbruck), Sonja Sheikh (ACR),

Sylvia Schwaag Serger (Universität Lund), Georg Kopetz (TTTech), Theresia Vogel (ehem. KLIEN) und Jörg Flecker (Uni Wien). Durch die nun erfolgte Bestellung des neuen Forschungsrats ist erfreulicherweise auch die zeitgerechte Vergabe der Mittel des Fonds Zukunft Österreich für 2024 gesichert. Die Ratsversammlung besteht aus Wissenschaft, Wirtschaft und Industrie sowie außeruniversitärer Forschung. Damit ist der neue Forschungsrat eine starke Stimme für FTI.

Gerade auch vor dem derzeitigen Hintergrund großer geopolitischer Herausforderungen ist auch in Zukunft ein hohes Commitment zu Forschung, Technologie und Innovation notwendig. Dabei spielt nicht nur exzellente Grundlagenforschung, sondern insbesondere auch die angewandte Forschung und Entwicklung von Unternehmen, durch die eine Umsetzung innovativer Lösungen für große aktuelle Herausforderungen realisiert wird und die für zwei Drittel der

F&E-Investitionen in Österreich stehen, eine maßgebliche Rolle. Der Forschungsrat hat als zentrales Beratungsgremium der Bundesregierung die verantwortungsvolle Aufgabe, wesentliche FTI-politische Strategien zu empfehlen, um Österreich an die Spitze der Innovationsleader zu bringen. Für die Umsetzung dieser Strategien muss auch künftig das F&E-Budget mit Raum für Inflationsanpassung und deutliches Wachstum ausgestattet werden.

TRIGOS 2024: Jetzt einreichen!

Österreichs renommiertester Preis für verantwortungsvolles Wirtschaften und Zukunftsfähigkeit wird zum 21. Mal vergeben. Einreichungen sind bis 1. März möglich – es gibt sechs Kategorien: „Vorbildliche Projekte“, „MitarbeiterInnen-Initiativen“, „Internationales Engagement“, „Regionale Wertschaffung“, „Social Innovation & Future Challenges“ und „Kli-

maschutz“. Im Rahmen einer feierlichen Gala am 17. September 2024 werden die Gewinner ausgezeichnet.

WEBTIPP

Alle Informationen finden Sie unter www.trigos.at.



ÖAW-Präsident Faßmann in EU-Expertengruppe für Horizon Europe

Die 15-köpfige Gruppe evaluiert das weltweit größte transnationale Forschungsprogramm. Österreich ist mit einer starken Stimme vertreten.

Die EU-Kommission hat eine Expertengruppe zur Evaluierung des laufenden EU-Forschungsrahmenprogramms Horizon Europe eingesetzt, die Zwischenergebnisse analysieren und strategische Empfehlungen für das Nachfolgeprogramm ab 2028 geben soll. Sehr erfreulich ist, dass mit ÖAW-Präsident Heinz Faßmann eine starke Vertretung aus Österreich zum 15-köpfigen Team zählt. Faßmann hat aufgrund seiner ehemaligen Funktion als Wissenschaftsminister weitreichende Expertise in der Ausgestaltung dieses weltweit größten transnationalen Forschungsprogramms. Ebenfalls Mitglied des Expertengremiums ist die schwedische Innovationsexpertin Sylvia Schwaag Serger, die auch im österreichischen FWIT-Rat vertreten ist.

Über die Forschungsrahmenprogramme der EU gelingt es, vor allem europäische und internationale Vernetzung und

Allianzen von Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken, um Europa im Technologiewettkampf nach vorne zu bringen. Für österreichische Leitbetriebe als Technologie-Frontrunner und Knotenpunkte in FTI-Netzwerken haben diese hohe strategische Relevanz.

Für die Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit vor dem Hintergrund rasanter technologischer Entwicklungen und großer globaler Herausforderungen, etwa der digitalen und der grünen Transformation, muss der Ausbau der Kompetenz- und Technologieführerschaft Europas einen klaren politischen Schwerpunkt der EU bilden. Die Industriellenvereinigung fordert daher ein schlagkräftiges Budget von zumindest 200 Milliarden Euro für das Nachfolgeprogramm von Horizon Europe, um exzellente Wissenschaft in Schlüsseltechnologien und Zukunftsfeldern zu unterstützen.

Club1031 goes Green Tech Valley Steiermark

Der Club1031 war zu Besuch im Green Tech Valley in der Steiermark, dem Nummer-eins-Technologie-Hotspot für Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft.

Im Jahr 2023 hatte der Club1031 Green Tech und Wasserstoff als Fokusthemen gesetzt – um konkrete Anwendungen zu sehen, den Austausch mit innovativen Unternehmen zu forcieren und gemeinsam die österreichische Industrie voranzubringen, war der Club1031 im Oktober 2023 zu Besuch im Green Tech Valley in der Steiermark, dem Nummer-eins-Technologie-Hotspot für Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft.

Die Energie Steiermark (ESTAG) hat mit der systematischen Herstellung von grünem Wasserstoff in Gabersdorf südlich von Graz einen wichtigen Meilenstein geschafft. Die 6.000 m² große Photovoltaikanlage, der Elektrolyseur und die Lkw-/Trailerbefüllung sind seit Mai 2023 in Betrieb und beliefern die Wolfram Bergbau AG als ersten industriellen Großkunden. Auf Dauer soll diese Anlage fast 5000 Tonnen CO₂ einsparen. Für uns als Club1031 war insbesondere die Diskussion rund um Produktionstechnologien, Lieferung und Transport von Wasserstoff sowie die Ausgestaltung der Partnerschaft zwischen Produzent und Abnehmern interessant.

Ein zweiter wichtiger Schwerpunkt des Besuchs war die konkrete Nutzung von neuen (Antriebs-)Technologien in der Mobilität, daher haben wir die Virtual Vehicle GmbH als weiteres Unternehmen dieser Reise ausgewählt. Dieses internationale F&E-Zentrum für die Automobil- und Bahnindustrie leistet mit über 300 Forscherinnen und Forschern wegweisende Arbeit für die Fahrzeugentwicklung und Fahrzeugtechnologien der Zukunft. Faszinierend zu sehen waren die komplett autonomen Autos, die bereits im Straßenverkehr unterwegs sind und unsere Mobilität nachhaltig verändern werden.

Auch bei unserem Besuch der AVL List GmbH wurden wir Zeugen spektakulärer Forschungsprojekte und wegweisender Technologien, die das Unternehmen unter anderem zu einem Innovationsführer in der Luftfahrttechnik und der

Elektromobilität machen. Dieses österreichische Pionierunternehmen feierte 2023 sein 75-jähriges Bestehen und zählt heute zu den weltweit führenden Mobilitätstechnologie-Unternehmen für die Entwicklung, Simulation und das Testen in der Automobilindustrie.

Der Steiermark-Besuch des Club1031 führte uns nicht nur die Vielfalt und Qualität der Green-Tech-Technologien vor Augen, sondern zeigte auch die Bedeutung Österreichs als Forschungs- und Umsetzungsstandort. Neben der inhaltlichen Diskussion mit den Experten der drei besichtigten Unternehmen haben wir den Besuch in Graz auch genutzt, um uns bei einem gemeinsamen Abendessen mit der Jungen Industrie Steiermark auszutauschen. Vielen Dank an das Team der IV-Steiermark für die tolle Unterstützung bei der Organisation dieser spannenden Tage in Graz!

Die nächste Schwerpunkt-Exkursion führt uns im Juni 2024 nach Oberösterreich.

WEBTIPP

Mehr Infos hierzu folgen demnächst auf www.Club1031.at.



WEICHEN- STELLUNG FÜR DAS SUPER- WAHLJAHR 2024

Das angebrochene Jahr wird für Österreich und Europa als Standort richtungsweisend sein.

Aus wirtschaftlicher Perspektive werden die Zeiten immer herausfordernder, der internationale Wettbewerb spitzt sich weiter zu und die heimischen Unternehmen stehen zunehmend unter Druck.

Wir brauchen dringend Reformen, um den Standort Österreich für nationale und internationale Investitionen attraktiv zu machen. Gleichzeitig muss endlich der Mittelstand entlastet und das Bildungsniveau gehoben werden.

Nachdem die Politik bei diesen großen Problemen in den letzten Jahren ganz nach dem Motto „Wird schon werden!“ eher weggesehen hat, glaube ich fest daran, dass die nächste Bundesregierung darum nicht herumkommt. Die hohen Staatsausgaben müssen gesenkt werden (Stichwort Pensionen!), und gleichzeitig müssen die Menschen, die Vollzeit arbeiten, belohnt werden. Es kann nicht sein, dass der Staat bzw. die Sozialversicherungsträger von jeder Gehaltserhöhung schon im mittleren Einkommensbereich aufgrund der hohen Lohnnebenkosten und Steuern mehr profitieren als der Arbeitnehmer. Die Unternehmen können sich das nicht mehr leisten, und für die arbeitende Bevölkerung ist das mehr als nur unfair.

Mein zweiter Wunsch an die Politik für dieses Jahr: Der Bildungsstandort muss gestärkt werden – nur so können wir international mithalten. Wir brauchen rasch mehr und bessere Kinderbildung und die MINT-Fächer müssen auf jedem Bildungsweg von klein auf im Mittelpunkt stehen.

Jedenfalls ist es jetzt Zeit, zu handeln und die wirklich großen Reformen anzugehen. Leere Wahlversprechen hatten wir in den letzten Jahren mehr als genug.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Industriestandort statt „Industrie stand dort“: Maßnahmen gegen den Abstieg setzen!

Standort Österreich verliert massiv an internationaler Wettbewerbsfähigkeit – Industrieland Oberösterreich am stärksten davon betroffen – Verlust an Wettbewerbsfähigkeit hat verstärkt Verlagerungen bei Großbetrieben zur Folge und beschleunigt die Automatisierung – KMUs kämpfen mit dem Rücken zur Wand – IV-OÖ nennt Hauptgründe für den Abstieg des Standorts und legt zehn standortpolitische Maßnahmen gegen Deindustrialisierung vor.

Die hohe Inflation und die überdurchschnittliche Steigerung der Kosten am Standort Österreich über einen längeren Zeitraum sind die Hauptursachen für den Abstieg Österreichs im Wettbewerb der Industriestandorte. Für Oberösterreich, das sich gerade in die Top-20-Industrieregionen Europas vorgearbeitet hat, sind die Verschlechterungen der Rahmenbedingungen auf Bundesebene besonders schmerzlich. „Oberösterreich ist der industrielle Motor der Republik. Der funktioniert nur, wenn auch die nationalen Rahmenbedingungen attraktiv sind“, betont IV-OÖ-Geschäftsführer Dr. Joachim Haindl-Grutsch.

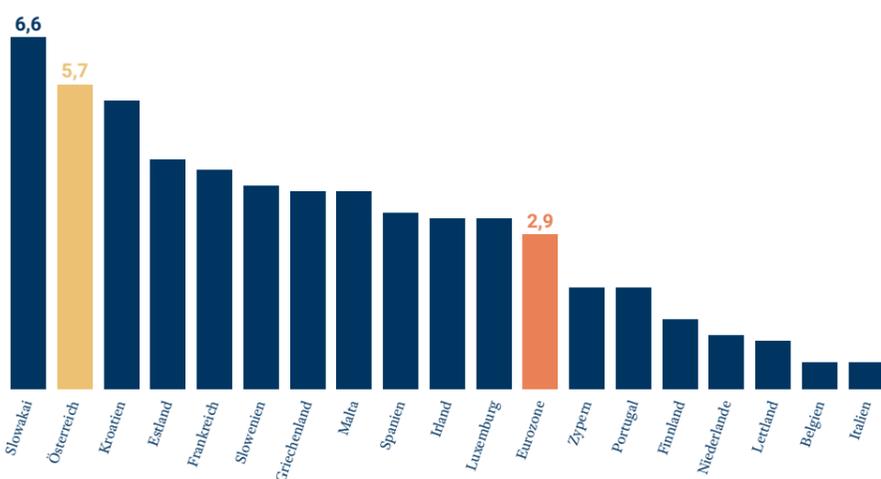
Die nachfolgende Analyse zeigt die wesentlichen Ursachen auf, warum der Industriestandort Österreich im internationalen Vergleich deutlich unattraktiver wurde:

1. Höchste Inflation in Westeuropa

Eine überdurchschnittlich hohe Inflation ist für das Exportland Österreich Gift, weil die Kosten für Unternehmen stärker steigen und sie damit aus dem globalen Markt gepreist werden. Österreich hat die höchste Inflation in Westeuropa.

Inflationsraten Dez. 2023 im europäischen Vergleich

Quelle: Agenda Austria / Eurostat



2. Stark steigende Lohnstückkosten
Die Lohnstückkosten messen die Arbeitskosten je produzierter Einheit. Steigen die Löhne schneller als die Produktivität, dann nimmt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Ländern ab. Hohe Lohnabschlüsse erhöhen wieder die Inflation, die wieder höhere Abschlüsse mit sich bringt – ein Teufelskreis, der die Lohnstückkosten immer weiter erhöht.

3. Überdurchschnittlich hohe Steuern- und Abgabenquote

Österreich hat eine der höchsten Steuern- und Abgabenquoten in Europa und produziert damit in vielen Fällen wie Bildung, Gesundheit, Sicherheit oder Pensionen Mittelmaß oder kommt mit dem vielen Geld trotzdem nicht aus. Länder wie die Schweiz oder die Niederlande

zeigen, dass es möglich ist, staatliche Leistungen wesentlich effizienter und besser zu erbringen; Dänemark und Schweden erbringen mit ähnlicher Quote wesentlich bessere Leistungen bei deutlich niedrigerer Verschuldung.

4. Hohe Verschuldung im Vergleich zu den Top-Ländern in Europa

Der österreichische Staatshaushalt kennt seit Jahrzehnten (mit einem Ausnahmejahr) keine Budgetüberschüsse, egal wie hoch das Wirtschaftswachstum ausfällt. Die finanziellen Belastungen durch fehlende Reformen wie eine Pensionsreform werden weiter enorm zu nehmen und die Gestaltungskraft der Politik bei Zukunftsfragen des Standorts stark einschränken.

„Die hohe Inflation ist Gift für den Standort.“

Dr. Joachim Haindl-Grutsch

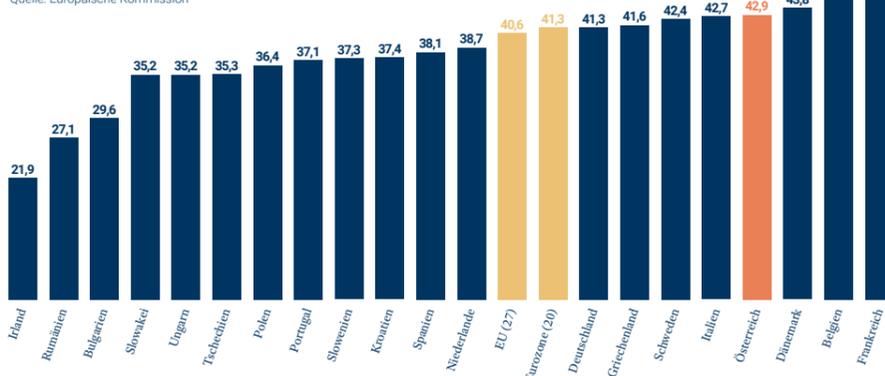
5. Zu viel Bürokratie und zu wenig Digitalisierung im öffentlichen Sektor
Überbordende Bürokratie und Regulierungswahn auf nationaler und europäischer Ebene sind eine Wachstumsbremse und schrecken nationale und internationale Investoren ab. Bei der Effizienz des öffentlichen Sektors liegt Österreich im IMD-Ranking nur auf Platz 36 von 64 Ländern. Im europäischen Vergleich der E-Government-Performance liegt Österreich auf Platz 14, deutlich hinter den Spitzenreitern im Norden Europas.

6. Bildungssystem – hohe Kosten, zu schwache Ergebnisse

Traditionell landet Österreich beim PISA-Test nur im Mittelfeld, obwohl die Kosten des Schulsystems überdurchschnittlich hoch sind. Besonders niedrig ist hierzulande z.B. der Anteil der Schulen,

Steuer- und Abgabenquoten im EU-Vergleich

Quelle: Europäische Kommission



in denen die Unterrichtsgestaltung der Lehrer überprüft wird; Schulbücher und Unterrichtsmethoden sind oft nicht mehr zeitgemäß. Nur in Kooperation mit der Wirtschaft (Lehre und berufsbildende höhere Schulen) ist das heimische Bildungssystem zukunftsfähig aufgestellt.

7. Leistung lohnt sich nicht, der Sozialstaat ist teuer und bietet enorme Anreize zum Nicht-Arbeiten

Egal ob arbeitslos, geringfügig beschäftigt, in Teilzeitbeschäftigung oder in Regelpension: Länger, mehr und Vollzeit zu arbeiten bzw. Überstunden zu machen lohnt sich aufgrund des Steuer- und Abgabensystems in Österreich nicht. Es liefert Anreize zum Nicht- oder Wenig-Arbeiten, statt (Mehr-) Leistung entsprechend zu fördern.

8. Ungesteuerte Zuwanderung Niedrigqualifizierter

Kam vor 15 Jahren rund jeder zehnte Erwerbstätige aus dem Ausland, ist es heute fast jeder vierte. Der Anteil an Arbeitslosen ist dabei überdurchschnittlich hoch. Gründe dafür sind die oft mangelnden Qualifikationen sowie fehlende Sprachkenntnisse.

9. Hohe Energiepreise im europäischen und globalen Vergleich

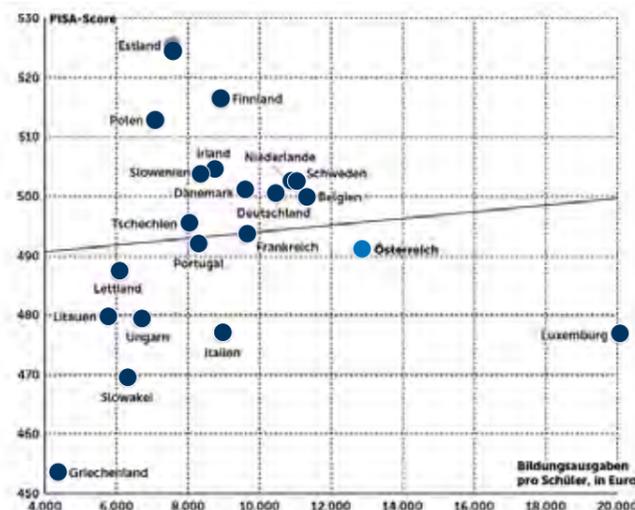
Höhere Preise waren schon lange die Norm: Zwischen 2006 und 2021 waren die Erdgaspreise in Europa um bis zu 100 Prozent

höher als in den USA; seit dem Einmarsch Russlands in der Ukraine ging der Spread aber noch weiter auf und es ist kein Ende in Sicht. Aber nicht nur im Vergleich zu Mitbewerbern in den USA – auch innerhalb Europas gehören Österreichs Strompreise trotz des hohen Anteils an erneuerbarer Energie am Strommix zu den höchsten. Wettbewerbsfähige Energiepreise sind die Voraussetzung, wie der massive Abfluss von Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren verhindert werden kann.

10. Dogmatische Energie- und Klimapolitik

Die Transformation in ein CO₂-neutrales Energiesystem ist nur dann erfolgreich und bewältigbar, wenn Klimaschutz auch ein volkswirtschaftlicher Erfolg für ein Land ist, der den Wohlstand am Standort erhöht und nicht senkt. Die jahrzehntelange Verbots-, Verzichts- und Verzögerungspolitik Österreichs bei Atomkraft, Wasserkraft, Stromleitungen, Carbon Capture and Storage (CCS) und zuletzt bei Verbrennungsmotoren und E-Fuels ist dogmatisch und führt zu höheren Energiepreisen, statt mit Technologieoffenheit auf alle Innovationen im Energiebereich zu setzen. CO₂-Neutralität gelingt nur global über Investitionen in Technologie und Innovation sowie mit wirtschaftlichen Geschäftsmodellen und Skalierbarkeit, aber niemals mit regionalen Autarkie-Träumereien.

Bildungsausgaben pro Schüler in Euro



Quelle: Agenda Austria / OECD, PISA, EZB. Anmerkung: Durchschnittliche Bildungsausgaben aller Bildungsstufen (exklusive Forschungs- und Entwicklungsaufgaben) in Euro zu Preisen von 2018 pro Schüler. Der mittlere PISA-Score ergibt sich aus Testergebnissen der drei Teilgebiete (Lesekompetenz, Mathematik, Wissenschaft).

ZEHN-PUNKTE-REPARATURPAKET FÜR DEN STANDORT: „WENIGER STEUERN UND BÜROKRATIE, MEHR LEISTUNG UND INVESTITIONEN!“

Der Industriestandort Österreich verliert an Wettbewerbsfähigkeit, wie zuletzt auch der Rückfall im IMD-Ranking verdeutlichte. Die hohe Inflation beschleunigt diesen Prozess stark. Was es jetzt braucht, ist professionelle Standortpolitik. Der Industriestandort Österreich steht an einer Weggabelung – damit es nicht zum dauerhaften Abfluss von industrieller Wertschöpfung kommt, müssen Politik und Gesellschaft jetzt in die Hände spucken und mit Fleiß und Einsatz die strukturellen Probleme des Landes lösen.

1. Anreize zum (Mehr-)Arbeiten: „Leistung muss sich lohnen“-Paket

- 1.1. Steuerfreibetrag für Vollzeitarbeit bzw. für die Erhöhung des Stundenausmaßes bei Teilzeitbeschäftigung
- 1.2. Entfall der Beitragspflichten für Arbeitnehmer zur Sozialversicherung in der Regelpension bis zur Höchstbemessungsgrundlage
- 1.3. Staatlich garantierte Pensionsansprüche bei Verschiebung des genehmigten vorzeitigen Pensionsantritts (Reformschutz)
- 1.4. Werkwohnungen für Mitarbeiter bis 75 m² nicht sachbezugsfähig, als Maßnahme gegen die stark steigenden Wohnkosten
- 1.5. Gesellschaftspolitischer Diskurs zur Notwendigkeit von (Mehr-)Leistung und Eigenverantwortung in Österreich

2. Entlastung I: Stufenplan zur Senkung der Steuern- und Abgabenquote von dzt. rund 43 Prozent auf unter 40 Prozent

- 2.1. Neue Steuern wie Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuer sowie generelles Unternehmer-Bashing („Fat Cat Day“) sind ein Investorenvertreibungsprogramm und respektloser Unsinn

3. Entlastung II: Massive Senkung der Lohnnebenkosten um mehrere Prozentpunkte unter den EU-Durchschnitt

- 3.1. Streichung von Wohnbauförderung und FLAF aus den Lohnnebenkosten
- 3.2. Benchmarking mit europäischen Best-Practice-Beispielen bei Sozialversicherungsabgaben
- 3.3. Beibehaltung der steuerfreien Prämie für Mitarbeiter („Teuerungsprämie“)

4. Nachhaltige Finanzpolitik: Schuldenbremse mit dem Ziel von ausgeglichenen Budgets über den Konjunkturzyklus

- 4.1. Haushaltsdisziplin am Beispiel der Schweiz, Dänemarks oder der Niederlande

5. Schlanker Staat: Entbürokratisierungs- und Digitalisierungspaket im öffentlichen Sektor

- 5.1. Praxistaugliche Umsetzung des Lieferkettengesetzes
- 5.2. Schnellere Genehmigungsverfahren und Reduktion der Berichtspflichten
- 5.3. E-Government-Offensive am Vorbild der nordeuropäischen Staaten, Ausbau der digitalen Behördenverfahren
- 5.4. Bürokratiebremse One-in-one-out-Regel: ein neues Gesetz einführen, ein altes Gesetz abschaffen

6. Fachkräfte der Gegenwart: Programme für den qualifizierten Zuzug von Fachkräften

- 6.1. Weitere Verbesserungen bei der RWR-Card
- 6.2. Etablierung von Ausbildungspartnerschaften mit Drittländern

7. Fachkräfte der Zukunft: Duale Ausbildung als absolutes Stärkefeld der heimischen Bildungspolitik ausbauen, MINT-Graduierungen um 20 Prozent steigern

- 7.1. Lehrlings-Ausbildungsprämie in der Höhe von 15 Prozent der Ausbildungskosten
- 7.2. HTL- und technische Hochschulausbildung vorantreiben
- 7.3. Mathematik-Unterricht modernisieren

8. Forschung und Innovation: Budgets für technologieoffene direkte und indirekte Forschungsförderung ausbauen

- 8.1. Forschungsprämie erhöhen
- 8.2. Budget für FFG-Basisprogramme ausbauen

9. Energieversorgung: Maßnahmen zur Sicherstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise, beschleunigter Energieinfrastruktur-Umbau

- 9.1. Verlängerung der Strompreiskompensation bis 2030
- 9.2. Reduktion der Energieabgaben
- 9.3. Abbau der Nachteile der Strompreiszonentrennung zu Deutschland

10. Investitionen in die Twin Transition: Attraktivierung von zukunftssträchtigen, wertschöpfungsintensiven Investitionen für die technologieoffene grüne und digitale Transformation

- 10.1. Unterstützung von Investitionen in die Dekarbonisierung der Industrie, Level Playing Field mit den USA
- 10.2. Forcierung von Technologien zur digitalen Transformation



REPARATURPAKET

Das Jahr 2024 wird enorm herausfordernd. Der Standort Österreich kann sich ein Jahr Stillstand nicht leisten.

Das Jahr 2024 wird von Wahlen geprägt, rund 50 Prozent der Weltbevölkerung werden zu den Urnen schreiten. Für die Industrie sind vor allem die US- und die EU-Wahl sowie die Nationalratswahl von zentraler strategischer Bedeutung. Nach einem wirtschaftlich zunehmend schwierigen Jahr 2023, in dem sich die Industrie in der Rezession befand, bleibt der Ausblick für 2024 verhalten. Deutschland und Österreich sind wirtschaftlich Nachzügler, die geopolitischen Spannungen bleiben überdurchschnittlich hoch und sowohl China als auch die USA haben mit eigenen Problemen zu kämpfen.

Die Industriekonjunktur 2024 bleibt sehr labil, die globale Wirtschaft wird von der Zinspolitik der Notenbanken und von politischen Entwicklungen in wichtigen Kernmärkten wie den USA, China oder Deutschland stark geprägt werden. Die Konjunktur lässt sich 2024 kaum prognostizieren, die Betriebe müssen auf alle Entwicklungen entsprechend vorbereitet sein.

Besonders unter Druck kommen mittelständische Lohnfertiger und Zulieferer, die nicht international ausweichen können. Mit den erwarteten Zinssenkungen wird sich im Lauf des zweiten Halbjahrs die Stimmung verbessern. Aber: Auch wenn die Hoffnung besteht, dass sich die Konjunktur im zweiten Halbjahr aufhellen wird – die strukturellen Probleme des heimischen Standorts werden sich nicht in Luft auflösen.

Bis zur kommenden Nationalratswahl, die aus heutiger Sicht im September über die Bühne gehen wird, verbleiben acht Monate, bis zur Angelobung einer neuen Bundesregierung elf bis zwölf Monate.

Österreich kann sich ein Jahr politischen Stillstands, das mit teuren Wahlgeschenken noch zusätzlich belastet werden könnte, in der aktuellen Situation des Standorts nicht leisten. Deutschland und Österreich sind Abstiegs Kandidaten im internationalen Standortwettbewerb. Hier muss rasch mit einem Reparaturpaket gegengesteuert werden. Es geht jetzt um das Eingemachte.

Stefan Pierer,
Präsident der IV-Oberösterreich





Digitalisierung und Automatisierung als eine Antwort auf steigende Arbeitskosten

Die öö. Industrie ist von Arbeitskräftemangel und stark steigenden Arbeitskosten betroffen. Eine Lösung liegt im verstärkten Einsatz von Automatisierung, Robotik und künstlicher Intelligenz in allen Geschäftsbereichen von Unternehmen.

Seit Jahren erlebt die öö. Industrie einen massiven Arbeitskräftemangel, der aufgrund der demografischen Entwicklung auch in Zukunft eine zentrale Herausforderung für die Betriebe darstellen wird. Hinzu kommen die in den letzten Jahren stark steigenden Arbeitskosten in Österreich. Das wirkt sich auf die Lohnstückkosten aus, die in Österreich seit dem Jahr 2020 deutlich stärker angestiegen sind als etwa in Deutschland, den skandinavischen Ländern oder Italien. Aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass die Lohnstückkosten auch 2024 weiter erheblich steigen werden.

Der Einsatz der vielfältigen digitalen Technologien – wie zum Beispiel Robo-

tik, Cloud Computing, additive Fertigung, Virtual und Augmented Reality, IoT und insbesondere die künstliche Intelligenz – in allen Geschäftsbereichen unterstützt Unternehmen dabei, den Arbeitskräftemangel abzumildern und weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben.

Künstliche Intelligenz im Vormarsch

Es gibt eine Vielzahl an Studien und Analysen zur Auswirkung von KI-Technologien auf die Arbeitsplätze. Sie zeigen, dass branchenübergreifend bis zu 24% der aktuellen Tätigkeiten durch KI automatisiert werden könnten. Dieser Anteil ist etwa bei Verwaltungsberufen mit 46% deutlich höher, während körperlich anstrengende Berufe, die überwiegend im Freien ausgeübt werden, nicht oder nur eingeschränkt durch KI beeinflusst wer-

den. Ebenso sind Spezialisten nur in eingeschränkter Form betroffen. Eine frühzeitige Einführung von KI kann zu einem durchschnittlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität von über 3% pro Jahr führen. Befürchtungen, dass KI eine Vielzahl beruflicher Tätigkeiten ersetzen und negative Auswirkungen auf die Arbeitslosenquote haben wird, haben sich bis dato nicht bestätigt.

Insofern stellt die konsequente und weitreichende digitale Transformation der Industrie einen Schlüssel für den Verbleib der Industrie in Oberösterreich dar.

Produktivitätssteigerung

Digitale Technologien und gerade die Automatisierung erhöhen im Produktionssektor die Produktivität, weil sich da-

durch Fertigungsprozesse, aber auch alle anderen unternehmensrelevanten Prozesse flexibler, transparenter und effizienter gestalten lassen. Zudem wirken sie positiv auf die Belegschaft, indem sie physisch anstrengende Arbeiten reduzieren, die Arbeitssicherheit erhöhen oder auch effizientere Qualifizierungen ermöglichen.

Die vielfältigen Möglichkeiten digitaler Technologien kommen in den unterschiedlichsten betrieblichen Leistungsbereichen – von der Produktentwicklung über die Produktionsprozesse, den Einkauf und die Logistik bis hin zur Unternehmensorganisation, zum Marketing und zur Geschäftsmodellentwicklung – zur Anwendung. Dieser Prozess der Automatisierung wird sich weiter beschleunigen.

